

GEMEINDE OSTRACH

1. ÄNDERUNG BEBAUUNGSPLAN SONDERGEBIET „REGENERATIVE ENERGIE HAHNENNEST - FOHRENBÜHL“ IM BESCHLEUNIGTEN VERFAHREN NACH § 13A BAUGB

Behandlung der Stellungnahmen aus der beschränkten erneuten Anhörung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB.

Planungsstand: Entwurf

Anhörung der Träger öffentlicher Belange: 15.02.2018 bis 26.03.2018

Beteiligung der Öffentlichkeit: 23.02.2018 bis 26.03.2018

Die Anhörung und Offenlage erfolgte auf der Grundlage von folgenden Unterlagen:

- 1. Lageplan** (Stand: 24.01.2018)
- 2. Textteile des Bebauungsplans mit Begründung** (Stand: 24.01.2018)
- 3. Vorprüfung des Einzelfalls mit Auszug Entwässerung des Gebiets aus dem Erläuterungstext des BImSch-Antrags** (Stand: Juni 2017)
- 4. Schallgutachten mit Untersuchungen und Ergänzungen** (Stand: 22.01.2018)
- 5. Synopse – Ergebnis der Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen** (Stand: 24.01.2018)

Stand: 29. März 2018

INHALTSVERZEICHNIS

A	STELLUNGNAHMEN DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE.....	2
A.1	Landratsamt Sigmaringen.....	2
A.2	Netze BW GmbH.....	3
A.3	terraneis bw GmbH.....	4
A.4	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)	9
B	STELLUNGNAHMEN DER ÖFFENTLICHKEIT.....	14
B.1	Ortschaftsrat Burgweiler	14
B.2	Ortschaftsrat Spöck / Kalkreute	14

A Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
A.1 Landratsamt Sigmaringen (Schreiben vom 22.03.2018)	
Zu dem o. g. Verfahren nimmt das Landratsamt Sigmaringen wie folgt Stellung: <u>Fachbereich Baurecht</u> 1. Bauplanungsrecht X Positiv	Zur Kenntnisnahme.
<u>Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz</u> X Positiv Zur vorgelegten Ergänzung durch das Schallgutachten erfolgt folgende Stellungnahme des Sachgebiets Immissionsschutz. Für die weiteren Sachgebiete wird auf die Stellungnahme vom 14.12.2017 verwiesen.	Zur Kenntnisnahme.
<u>IMMISSIONSSCHUTZ</u> Die aktualisierte schalltechnische Untersuchung des Ingenieurbüros HEINE + JUD vom 22. Januar 2018 erscheint nachvollziehbar und plausibel. Vorbelastungen aus dem Betrieb der Hofstellen in Hahnennest wurden in der schalltechnischen Untersuchung nun berücksichtigt. Die Randbedingungen insbesondere die Schallschutzmaßnahmen sind bei der Errichtung und beim Betrieb der Anlagen im Geltungsbereich der Bebauungspläne „Regenerative Energien Hahnennest“ und dem „Milchpark Hahnennest“ sowie beim Betrieb der Silphiebelüftung auf der Hofstelle Metzler mit der erforderlichen schalltechnischen Optimierung zu beachten. Laut der schalltechnischen Untersuchung wurden mit den Auftraggebern die aus schalltechnischer Sicht maximal zulässigen Schalleistungspegel einzelner Komponenten der Biohybrid-Anlage sowie der 3 geplanten BHKW abgestimmt. Über geeignete Maßnahmen (Einhausung, Kapselung, Schalldämpfer, o.ä.) ist sicherzustellen, dass die in der vorliegenden Untersuchung zugrunde gelegten anlagenbezogenen Schalleistungspegel nicht überschritten werden. Die Immissionsrichtwerte für MD nach TA-Lärm sind an den Gebäuden mit schutzbedürftigen Räumen (Wohngebäude) in Hahnennest und Mettenbuch eingehalten bzw. unterschritten. Bei Einhaltung der Randbedingungen und Schallschutzmaßnahmen gemäß der schalltechnischen Untersuchung bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung.	Zur Kenntnisnahme.

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<u>Fachbereich Landwirtschaft</u> X Positiv Unsere Stellungnahme 62_17 behält ihre Gültigkeit. Der Fachbereich Landwirtschaft erhebt keine Einwände.	Zur Kenntnisnahme.
<u>Fachbereich Forst</u> X Nicht betroffen Forstliche Belange sind nicht berührt; Ausgleichsmaßnahmen im Wald sind aktuell nicht vorgesehen.	Zur Kenntnisnahme.
<u>Fachbereich Straßenbau</u> X Nicht betroffen Das Plangebiet liegt außerhalb von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.	Zur Kenntnisnahme.
<u>Fachbereich Recht und Ordnung</u> 1. Kreispolizeibehörde X Nicht betroffen	Zur Kenntnisnahme.
2. Straßenverkehrsbehörde X Positiv Die Erschließung erfolgt über die bestehende Zufahrt. Die Mehrbelastung von 1-2 Lkw pro Tag kann über diese Zufahrt abgewickelt werden.	Zur Kenntnisnahme.
Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig. Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange mir in jedem Fall ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.	Zur Kenntnisnahme. Dies wird erfolgen.
A.2 Netze BW GmbH (Schreiben vom 22.02.2018)	
Vielen Dank für die Information zur Änderung des Bebauungsplans. Aus unserer Sicht ergeben sich keine Einwände. Unsere Stellungnahme vom 02. November 2017 und die zugehörigen Absprachen sind weiterhin gültig. Für die Zusendung der Unterlagen bedanken wie uns und bitten Sie, uns weiterhin am Verfahren zu beteiligen.	Zur Kenntnisnahme. Eine weitere Beteiligung wird erfolgen.
<u>Stellungnahme vom 02.11.2018</u> Aus unserer Sicht ergeben sich keine Einwände, wenn folgende Hinweise beachtet werden: <ul style="list-style-type: none"> • Im Bereich des Bebauungsplans befinden sich 20-kV-Freileitungen der Netze BW GmbH. Diese sind mit Leitungsrechten gesichert. Der eingetragene Schutzstrei- 	

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p><i>fen beträgt 7,5 m zu beiden Seiten der Freileitung. In diesem ist eine Bebauung ohne vorherige Zustimmung der Netze BW nicht zulässig.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>Des Weiteren sind Baumpflanzungen innerhalb des Schutzstreifens nicht zulässig. Ich bitte Sie die geplanten Obstbäume im Süden des Bebauungsplans dementsprechend zu versetzen. Eine Anpflanzung von Sträuchern wäre zulässig, allerdings ist zu beachten, dass die Zugänglichkeit zu den Masten auch mit schwerem Gerät gewährleistet sein muss. Der Mindestabstand von Bäumen und Sträuchern zur 20-kV-Leitung beträgt 2,1 m, dieser muss jederzeit eingehalten werden.</i> <p><i>Für die Zusendung der Unterlagen bedanken wir uns und bitten Sie, uns weiterhin am Verfahren zu beteiligen.</i></p>	<p><i>Baumpflanzungen sind nach Rücksprache mit Hr. Röder (Netze BW GmbH) v. 18.01.2018 weiterhin möglich. Die genannten Mindestabstände von 2,1 m zu den Leitungen sind weiterhin einzuhalten. Es wird auch gebeten, zu den Masten einen Abstand von 7,5 m mit zu pflanzenden Bäumen einzuhalten.</i></p> <p><i>Dies wird erfolgen.</i></p> <p><i>Eine weitere Beteiligung wird erfolgen.</i></p>
A.3 terranets bw GmbH (Schreiben vom 26.02.2018 und 27.10.2017)	
<p><u>Stellungnahme vom 26.02.2018</u></p> <p>Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass auf Seite 14 der Synopse zum Bebauungsplan ein mit mir geführtes Telefongespräch teilweise nicht korrekt niedergeschrieben wurde. Wir erachten es auch weiterhin für notwendig, dass unsere Anlagen im zeichnerischen Teil incl. Schutzstreifen dargestellt werden sowie im textlichen Teil auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen hingewiesen wird. Alle im beigefügten Bestandsplanauszug in gelb dargestellten Leitungen sind Eigentum der terranets bw GmbH und unterliegen der Gashochdruckleitungsverordnung. Nur die darüber hinaus auf dem Gelände vorhandenen Anlagen der „Energiepark Hahnennest GmbH & Co. KG“ sind hiervon nicht betroffen. Auch alle weiteren Bestimmungen des Schreibens vom 27.10.2017 haben weiterhin Gültigkeit.</p>	<p>Die Gemeinde ist nicht verpflichtet eine entsprechende Regelung im Bebauungsplan aufzunehmen, da es sich hierbei um einen Einzelanschluss handelt und keine nachgeordneten Anschlüsse gewährleistet werden müssen. Die Sicherheit der Gasleitungen und der Versorgeranlage ist mittels einer privatrechtlichen Regelung zwischen Grundstückseigentümer und terranets bw GmbH zu regeln. Dennoch werden Hinweise auf die Sicherheitsbestimmungen der terranets bw GmbH in die Hinweise des BP übernommen.</p>
<p>Zum aktuellen Schallgutachten haben wir keine Anmerkungen bzw. keine Einwände.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>

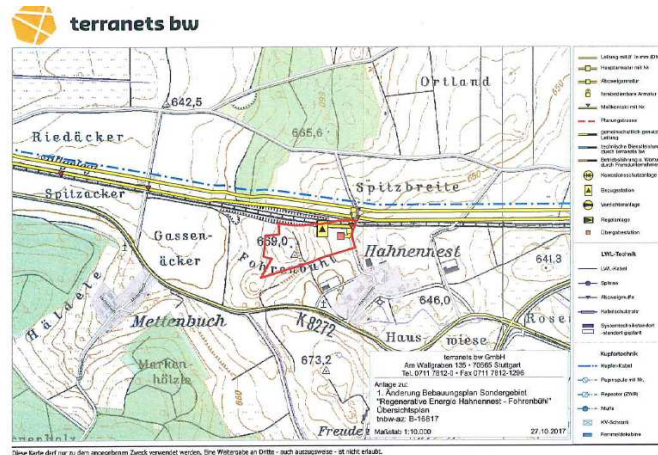
<div>INHALT DER STELLUNGNAHME</div> <div>ANREGUNGEN UND BEDENKEN</div>	<div>ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER</div> <div>VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE</div>
<div> <div> <div> <div> <div></div> <div>terrannets bw</div> </div> <div> <div>Blatt 2</div> </div> </div> <div> <div>Freistellungsvermerk</div> <div> <p>Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die im Bestandsplan enthaltenen Angaben hinsichtlich Lage unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Die Haftung für unrichtige Leitungseintragung ist ausgeschlossen. Es ist zu beachten, dass erdverlegte Leitungen nicht zwingend geradlinig und auf dem kürzesten Weg verlaufen. Oberirdisch sichtbare Leitungsmarkierungen lassen keinen Rückschluss auf den Leitungsverlauf zu. Maßgeblich für die Lage und Höhe der Anlagen ist deren Ausweisung durch das zuständige Betriebspersonal. Nach deren Maßgabe ist die genaue Lage und der Verlauf der Anlagen durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Suchschlitze, Handschachtung) festzustellen. Dies gilt sowohl für die Gashochdruckleitungen als auch für das Betriebszubehör wie Telekommunikationslinien und Anlagen des kathodischen Korrosionsschutzes. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Die Pläne dürfen nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden. Eine Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – ist nicht erlaubt. Die Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für eigene bzw. im Auftrag dokumentierte Anlagen, so dass noch mit Anlagen anderer Unternehmen gerechnet werden muss. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig.</p> </div> <div> <div>Zeichenerklärung</div> <div> <div>Gas</div> <div> </div> </div> <div> <div>Telekommunikationsanlagen</div> <div> </div> </div> </div> </div> <div> <div>Zur Kenntnisnahme.</div> </div> </div></div>	
<div> <div> <div> <div></div> <div>terrannets bw</div> </div> <div> </div> </div> </div> <div> <div>Zur Kenntnisnahme.</div> </div>	
<div> <div>Stellungnahme vom 15.02.2018</div> <div> <div>vielen Dank für Ihre Anfrage / Benachrichtigung über Ihr geplantes Bauvorhaben.</div> <div>Ihr Bauantrag / Anfrage wird bei uns schnellstmöglich bearbeitet.</div> <div> <div>Erst wenn die notwendigen technischen und rechtlichen Regelungen/Vereinbarungen getroffen wurden, dürfen die Bautätigkeiten im Schutzstreifen unserer Anlagen ausgeführt werden.</div> <div>Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir jegliche Inanspruchnahme</div> </div> </div> </div> <div> <div>Der Hinweis wird dankend entgegen genommen.</div> </div>	

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>des bis zu 10,00 m breiten terranets bw-Schutzstreifens unter-sagen.</p> <p>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass bei einem nichtabge-stimmten Eingriff in den Schutzstreifenbereich der unter sehr hohem Innendruck stehenden Gasfernleitung eine Gefährdung der öffentliche Sicherheit und der vor Ort beschäftigten Perso-nen nicht auszuschließen ist.</p> <p>Ihre E-Mail Anfrage wurde zur weiteren Bearbeitung im Hause, an Herrn Lorenz (Tel. 0711-7812 1244) m.lorenz@terranets-bw.de weitergeleitet.</p>	<p>Die Abstimmung eines Eingriffs in den Schutz-streifen ist unabdingbar und muss stets gege-ben sein. Dies kann nur im Rahmen einer privatrechtlichen Regelung zwischen Grund-stückseigentümer und terranets bw GmbH verbindlich festgelegt werden.</p>
<p><u>Stellungnahme vom 26.09.2017</u></p> <p><i>Erst wenn die notwendigen technischen und rechtlichen Rege-lungen/Vereinbarungen getroffen wurden, dürfen die Bautätig-keiten im Schutzstreifen unserer Anlagen ausgeführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir jegliche Inanspruchnahme des bis zu 10,00 m breiten terranets bw-Schutzstreifens unter-sagen.</i></p> <p><i>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass bei einem nichtabge-stimmten Eingriff in den Schutzstreifenbereich der unter sehr hohem Innendruck stehenden Gasfernleitung eine Gefährdung der öffentliche Sicherheit und der vor Ort beschäftigten Perso-nen nicht auszuschließen ist.</i></p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><u>Stellungnahme vom 27.10.2017</u></p> <p>Wir bestätigen Ihnen hiermit den Eingang Ihres Schreibens vom 25.09.2017 zu dem oben genannten Bebauungsplan und nehmen dazu wie folgt Stellung:</p> <p>Wie bereits bekannt ist und Sie den beigefügten Planunterlagen entnehmen können, verlaufen innerhalb des räumlichen Gel-tungsbereiches des oben genannten Bebauungsplanes die Erdgashochdruckleitung „Anschlussleitung Burgweiler“ DN 100 MOP 67,5 bar sowie parallel dazu verlegte Telekommunikati-onskabel der terranets bw GmbH. Außerdem befinden sich eine Übergabestation und weitere Anlagenteile innerhalb des Geltungsbereiches.</p> <p>Im Geltungsbereich der 1. Änderung des oben genannten Bebauungsplanes liegen keine Anlagen der terranets bw GmbH.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Allgemeine Hinweise:</p> <p>Die Gasfernleitung und die Kabel sind gemäß der Vorschriften über Gashochdruckleitungen zur Sicherung ihres Bestandes, des Betriebes und der Instandhaltung sowie gegen Einwirkun-gen von außen in einem Schutzstreifen von 6 m Breite (je 3 m beiderseits der Rohrachse) verlegt.</p> <p>In dem Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Gasfernleitung und Kabel keine Gebäude oder baulichen Anlagen errichtet werden. Auch Dachvorsprünge, Schacht-bauwerke oder sonstige An- und Aufbauten dürfen nicht in den Schutzstreifen und dessen Lichtraum hineinragen.</p> <p>Darüber hinaus dürfen keine sonstigen Einwirkun-gen vorgenommen werden, die den Bestand und den Betrieb der Gashochdruckanlagen beeinträch-</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>

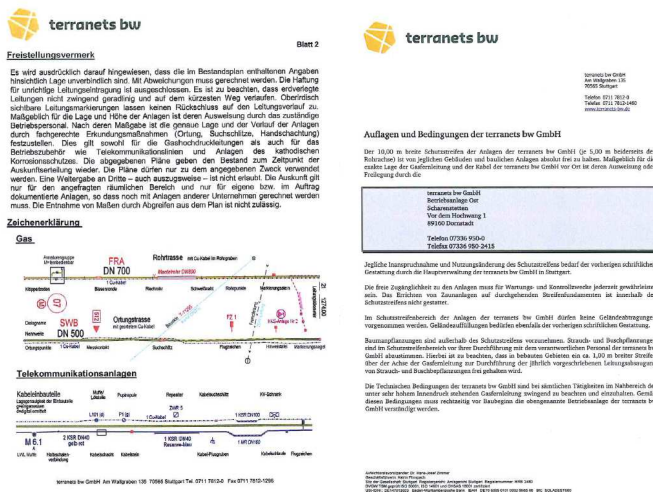
INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>tigen oder gefährden.</p> <p>So sind unter anderem das Einrichten von Dauerstellplätzen (z.B. für Container, Wohnwagen usw.), das Lagern von schwer zu transportierenden Materialien und Silage sowie das Anpflanzen von Bäumen und tiefwurzelnden Sträuchern im Schutzstreifenbereich nicht zulässig.</p> <p>Jegliche Inanspruchnahme des Schutzstreifens bedarf im Vorfeld der schriftlichen Gestattung durch die terranets bw GmbH.</p> <p>Vor diesem Hintergrund können wir der 1. Änderung des Bebauungsplanes Sondergebiet „Regenerative Energie Hahnennest-Fohrenbühl“ zustimmen, wenn diese Vorgaben sowie die beigefügten Auflagen und Technischen Bedingungen der terranets bw GmbH im Rahmen der Gesamtplanung zwingend beachtet und eingehalten werden.</p> <p>Hierzu ist es notwendig, in den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan auf die Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen hinzuweisen. Im zeichnerischen Teil ist der Verlauf der Gasfernleitungsanlagen gemäß der Planzeichenverordnung einschließlich der Schutzstreifen darzustellen und als von der Bebauung absolut freizuhaltende Fläche auszuweisen.</p>	<p>Mit Herrn Lorenz (terranets bw GmbH) wurde am 18.01.2018 besprochen, dass eine Änderung in den Hinweisen des Bebauungsplanes sowie die Darstellung eines Leitungsrechtes im Plan des BP nicht erforderlich sind, da es sich bei der Anlage um einen privaten Leitungsanschluss handelt. Dessen Errichtung und Betrieb unterliegt ausschließlich der Flächeneigentümerin und der terranets bw GmbH, eine entsprechende Regelung im BP ist demnach nicht erforderlich.</p>
<p>Vor der Durchführung von Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gashochdruckanlagen haben können, ist die terranets bw GmbH Betriebsanlage Ost</p> <p>terranets bw GmbH</p> <p>Betriebsanlage <u>Ost</u></p> <p>Vor dem Hochwang 1</p> <p>89160 Dornstadt-Scharenstetten</p> <p>Telefon 07336 950-0</p> <p>Telefax 07336 950-2415</p> <p>zu verständigen, damit die notwendigen Sicherheitsabstände abgestimmt werden können.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Maßgeblich für die exakte Lage der Gasfernleitungen und der Telekommunikationskabel ist grundsätzlich deren Ausweisung durch unsere Betriebsbeauftragten, da die an der Geländeoberfläche befindlichen Leitungseinrichtungen nicht unbedingt den exakten Leitungsverlauf wiedergeben.</p> <p>Wir bitten Sie, die Unterlagen entsprechend dieser Stellungnahme zu ergänzen und uns weiter an dem Bebauungsplanverfahren zu beteiligen.</p>	<p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>Anhang:</p>	

INHALT DER STELLUNGNAHME
ANREGUNGEN UND BEDENKEN

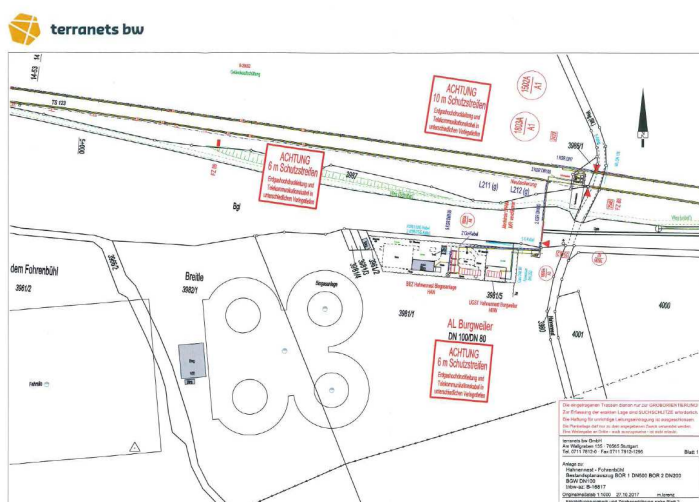
**ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER
VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE**



Zur Kenntnisnahme.




Zur Kenntnisnahme.



Zur Kenntnisnahme.

Anlage 1

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
 <p>Anlage 2: Technische Bedingungen. Ausweisung zum Schutz von Anlagen der terranets bw GmbH</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
A.4 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) (Schreiben vom 24.03.2018)	
<p>Stellungnahme zur Öffentlichkeitsbeteiligung „1. Änderung Bebauungsplan Sondergebiet „Regenerative Energie Hahnen-nest - Fohrenbühl“</p>	<p>Da BUND von der Gemeinde Ostrach im Rahmen der beschränkten erneuten Beteiligung als sonstiger Träger öffentlicher Belange angeschrieben wurde, wird die von der BUND am 24.03.2018 eingereichte Stellungnahme als Stellungnahme der sonstigen Träger öffentlicher Belange behandelt. Ungeachtet der Tatsache, dass Umweltverbände formal keine Träger öffentlicher Belange sind.</p>
<p>Der BUND Pfullendorf bedankt sich für die Zusendung der Unterlagen zum oben genannten Verfahren und die damit verbundene Möglichkeit zur Stellungnahme.</p> <p>Diese Einwendungen erfolgen ausdrücklich auch im Namen und im Auftrag des nach UmRG und NatSchG Baden-Württemberg anerkannten Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>1 Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung</p> <p>Im Mitteilungsblatt der Stadt Ostrach vom 28. September 2017 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung zur 1. Änderung Bebauungsplan „Regenerative Energie Hahnen-nest - Fohrenbühl“ bekannt gegeben. Die Frist für Stellungnahmen läuft vom 6.10.2017 bis 6.11.2017.</p> <p>Danach wurde im Mitteilungsblatt der Stadt Ostrach vom 12. Oktober 2017 nochmals die Öffentlichkeitsbeteiligung zur 1. Änderung Bebauungsplan „Regenerative Energie Hahnen-nest - Fohrenbühl“ bekannt gegeben. Die Frist für Stellungnahmen läuft 6.10.2017 bis 6.11.2017. Außerdem sollen die Unterlagen vom 20.10.2017 bis 20.11.2017 online eingesehen werden können. Die Planaufgabe läuft jedoch nur bis zum 6.11.2017.</p> <p>Welche Funktion hat die Online-Auslegung der Planung, wenn die Frist für eine Stellungnahme abgelaufen ist? Welche Fristen für Stellungnahmen gelten bei diesen unterschiedlichen genannten Terminen?</p>	<p>Die Online-Auslegung der Planung hat die Funktion gemäß § 4 a Abs. 4 BauGB die neu eingeführte Vorschrift zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zu erfüllen. Bei beiden Auslegungsarten wird die erforderliche Frist von 1 Monat bzw. 30 Tagen eingehalten. Laut dem Bekanntmachungstext im Mitteilungsblatt der Stadt Ostrach vom 12. Oktober 2017, können Stellungnahmen <u>während dieser Auslegungsfristen</u> (d.h. im Gesamtzeitraum vom 6.10.2017 bis 20.11.2017) im Rathaus der Gemeinde zu den üblichen Dienstzeiten schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden.</p>
<p>2 Fehlende Unterlagen</p> <p>In den Unterlagen gibt es die Seiten 47 und 48 vom „Antrag auf</p>	<p>Der Textauszug beschreibt die Maßnahmen zur Gebietsentwässerung. Innerhalb der Unterlagen sind keine weiteren Inhalte zu diesem</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
Immissionsschutzrechtliche Genehmigung, Erläuterungstext“. Wir erwarten die Zusendung aller Seiten dieses Dokumentes, um die umweltrechtlichen Belange beurteilen zu können.	Themenkomplex dargestellt. Die Umweltauswirkungen sind in der Vorprüfung des Einzelfalls dargestellt, die ebenfalls Anhang des Bebauungsplanes sind.
<p>3 Planungsverfahren</p> <p>Für die vorliegende Planung wurde auf das beschleunigte Verfahren nach § 13a BauGB verwiesen, da die Grundfläche des Sondergebiets 20.000 m² nicht überschritten würde. Dies trifft jedoch nicht zu, denn es besteht eine Kumulation durch den sachlichen und räumlichen Zusammenhang vom Sondergebiet „Milchpark Hahnennest“, der bestehenden Biogasanlage und der geplanten Gasverflüssigungsanlage. Die gesamten bestehenden und geplanten Anlagen umfassen mehr als 20.000 und 70.000 Quadratmeter und damit gilt § 13a BauGB nicht.</p> <p>Alle 3 Anlagen sind mit Leitungen verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gülle und Schmutzwasser vom Kuhstall werden in die Biogasanlage gepumpt, • Die Biogasanlage liefert Strom und Wärme für den Kuhstall • Das Biogas wird mit Leitungen zur Gasverflüssigungsanlage gepumpt. <p>Biogasanlage und Kuhstall werden aus einem Fahrsilo beliefert. Wege und Strassen werden gemeinsam genutzt.</p> <p>Die Teilfläche 2 kann nur über die Teilfläche I befahren werden.</p> <p>Die Energie für die Gasverflüssigungsanlage kommt vermutlich aus der Biogasanlage.</p> <p>Die Betreiber der Biogasanlage und des Kuhstalls sind an der Gasverflüssigungsanlage beteiligt.</p> <p>Wer ist Eigentümer des Grundstücks 3989/1? Laut Presseartikel in der Schwäbischen Zeitung vom 16.5.2017 kooperieren Energiepark Hahnennest und Erdgas Südwest als Personen und bei der Firma Biomethangas Hahnennest GmbH.</p>	<p>Das gewählte beschleunigte Bebauungsplanverfahren ist solange zulässig, wie nicht die Grundfläche nach § 19 Abs. 2 BauNVO die Schwelle von 7 ha überschreitet. Der angrenzende Milchpark hat eine Grundfläche von 1,7 ha. Der Energiepark selber hat eine Grundfläche von 3,0 ha. Bei insgesamt 4,7 ha wird die kritische Grundfläche von 7,0 ha deutlich unterschritten.</p> <p>Siehe oben</p> <p>Diese Informationen unterliegen dem Datenschutz.</p> <p>Die Behörden werden über die Eigentumsverhältnisse und Zuständigkeiten in Kenntnis gesetzt.</p>
<p>4 Umweltverträglichkeitsprüfung</p> <p>Da § 13a BauGB nicht gilt, ist eine Vorprüfung nach UVPG nötig. In den Unterlagen gibt es einen Antrag zu VP-Pflicht im Einzelfall. Uns ist jedoch kein Ergebnis dieses Antrags bekannt. Falls inzwischen eine Genehmigung erteilt wurde, bitten wir um deren Zusendung.</p> <p>Wir haben keine Einladung zu einem Scoping-Termin erhalten. Auch auf der Homepage von Ostrach und Landratsamt Sigmaringen gab es keine Einladung zu einem öffentlichen Scoping-Termin und es gab keine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit. Dies widerspricht dem Umweltverwaltungsgesetz des Landes Baden-Württemberg.</p>	<p>Wie oben dargestellt, kann das Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.</p> <p>Der wiedergegebene Auszug ist Teil des Antrages auf Genehmigung nach BlmSchG. Er wurde angefügt, um die umweltrelevanten Sachverhalte zu verdeutlichen. Eine Genehmigung dieses Antrages wurde noch nicht erteilt.</p> <p>Es hat kein Scoping-Termin stattgefunden.</p> <p>Das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB ist zulässig. Daher wurde auch keine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.</p> <p>Zum BlmSchG-Verfahren der Biogasverflüssi-</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
	gungsanlage wurde die Öffentlichkeit frühzeitig informiert in Form einer Informationsveranstaltung am 20.06.2017 in Waldbeuren. Zu dieser Veranstaltung wurde öffentlich über das Amtsblatt der Gemeinde Ostrach eingeladen.
<p>5 Widerspruch zum Flächennutzungsplan</p> <p>Die vorliegende Planung widerspricht dem Flächennutzungsplan, denn: „Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 1 Abs. 5 BauGB dazu dienen, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, neben der Gewährleistung einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung, in den Grundzügen darzustellen. Gleichzeitig sind dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.“</p> <p>Durch die geplante Gasverflüssigungsanlage entsteht ein Industriegebiet mitten im landwirtschaftlich geprägten Gebiet und in nächster Nähe zu Schutzgebieten. Die natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft, Boden, Artenvielfalt und Klima werden weiteren Risiken ausgesetzt, zumal erstmalig eine solche Anlage gebaut werden soll. Eine Gasverflüssigungsanlage mit Anteilen von fossilem Gas widerspricht dem Inhalt und Namen nach der regenerativen Energie wie z.B. Sonne oder Wind. Fossiles Gas wird gefördert und ist damit endgültig verbraucht, also ist die Energie weder regenerativ noch erneuerbar.</p>	<p>Primäres Ziel der Anlage wird die Verflüssigung von Biogas sein. Damit entspricht sie bereits heute den Vorgaben des Bebauungsplanes zur Erzeugung und Verwertung regenerativer Energie. Die Nutzung von Erdgas soll nur im Falle eines Gas- oder Energiedefizits erfolgen und ist nicht zwingender Bestandteil des Betriebskonzeptes.</p>
<p>6 Klimaschutz</p> <p>Die geplante Gasverflüssigungsanlage widerspricht den Zielen des Klimaschutzes, denn:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Verwendung von fossilem Gas fördert den weiteren Ausstoß von Kohlendioxid, • zur aufwändigen Verflüssigung werden bis zu 25 Prozent des Energieinhaltes des Gases benötigt, • der Transport mittels LKW verursacht weitere Treibhausgase und erhöht das schon bestehende grosse Verkehrsaufkommen, • Methan gelangt sowohl bei Produktion, Transport und Verbrennung in die Luft und hat eine vielfache (25-100fache) Wirkung auf die Klimaerwärmung. <p>In Hahnennest liegt eine Gasleitung und die Einspeisung des Biogases ist sinnvoller, verursacht weniger Treibhausgase und ist sicherer im Betrieb und Transport.</p>	<p>Flüssiggas stellt einen vergleichsweise umweltverträglichen Energieträger dar. Für die Versorgung bestehender Energieverbraucher mit Gasbetrieb stellt die geplante Anlage eine sinnvolle Einrichtung dar.</p>
<p>7 Schutzgebiete</p> <p>Das FFH-Gebiet Taubenried und das FFH-Gebiet Pfrunger-Burgweiler Ried liegen in nächster Nähe. In den Unterlagen fehlt die Entfernungsangabe zum Pfrunger-Burgweiler Ried. Es ist damit zu rechnen, dass die Gasverflüssigungsanlage negative Auswirkungen auf die umliegenden Gebiete hat, z.B. durch Nitrat-Ammoniak-, und Methan-Emissionen und das erhöhte</p>	<p>Eine FFH - Verträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich, da keine stofflichen Emissionen</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>Verkehrsaufkommen. Dabei müssen auch mögliche Risiken und Verschlechterungen auf den Grundwasserkörper berücksichtigt werden. Wir erwarten, dass eine FFH- Verträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.</p> <p>Der Verträglichkeitsprüfung vorgeschaltet ist eine Vorprüfung, bei der geprüft wird, ob die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung eines Vorhabens auf das FFH-Gebiet entstehen kann, die Verträglichkeitsabschätzung. Grundsätzlich ist es egal, ob das Vorhaben direkt im Gebiet stattfindet oder von außen seinen Einfluss auf das FFH-Gebiet ausführt. Je nach Ergebnis ist eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen oder nicht. Lässt sich eine erhebliche Beeinträchtigung nachweislich nicht ausschließen, muss eine Verträglichkeitsprüfung erfolgen. Bei der Beurteilung ist die kumulative Wirkung mehrerer bestehender und geplanter Eingriffe zu berücksichtigen.</p> <p>Die Wahrscheinlichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung ergibt sich durch die Nähe zum Taubenried und Pfrunger-Burgweiler Ried, den Biotopen, dem Vogelschutzgebiet und zum Wasserschutzgebiet.</p>	<p>von der Verflüssigungsanlage ausgehen. Die Anlage ist technisch vollständig gekapselt. Innerhalb des Verfahrens tritt Nitrat nicht auf, Ammoniak kommt ausschließlich im Kältemittel vor und befindet sich in geschlossenen Kreisläufen. Eventuell im Biogas enthaltenes Ammoniak wird abgeschieden und in die Biogasanlage zurück geführt.</p>
<p>8 <u>Wasserschutz</u></p> <p>Die geplante Gasverflüssigungsanlage liegt im Wasserschutzgebiet Spitzbreite und das ist bereits ein Problemgebiet. In den Unterlagen fehlen Hinweise, wie die Rest- und Abfallstoffe aus der Anlage gelagert und transportiert werden sollen. Es ist auch unklar, welche Stoffe entstehen und wie sie entsorgt werden sollen. Welche Risiken bestehen für Oberflächen- und Grundwasser bei Unfällen, Explosionen oder Bränden?</p>	<p>Wie bereits die derzeitigen Anlagen im Geltungsbereich des BP auch, unterliegen alle Handlungen und Anlagen den Auflagen der Wasserschutzgebietsverordnung. Diese sind zwingend einzuhalten. Dies ist auch bei der geplanten Anlage aufgrund deren Bauweise unschwer möglich. Es handelt sich ausschließlich um geschlossene Betriebskreisläufe.</p>
<p>9 <u>Lärmschutz</u></p> <p>Unter Punkt 6.1.2. der schalltechnischen Untersuchung wird der Lärm durch den Straßenverkehr nicht berücksichtigt. Dies ist nicht zulässig da die bestehende Biogasanlage und der geplante Kuhstall mehrere Tausend LKW-Fahrten pro Jahr verursachen und nach „TA Lärm der Gesamtbetrieb betrachtet werden muss“. Eine Abkopplung einzelner Anlagen oder Schallquellen ist in der Regel nicht zulässig.“ (siehe Seite 35).</p>	<p>In der Schalltechnischen Untersuchung wurde der Fahrverkehr (durch Lkw bzw. Traktoren), entsprechend den Vorgaben der TA Lärm, auf dem Betriebsgelände berücksichtigt. Darüber hinaus wurde den Berechnungen der Fahrverkehr im Bereich der Landwirtschaftlichen Höfen zugrunde gelegt.</p> <p>Eine Aussage zum Fahrverkehr im öffentlichen Straßenraum ist dem Kapitel 6.1.2 des Gutachtens zu entnehmen. Mit einer kumulativen Erfüllung der in Kapitel 3.3. genannten Bedingungen ist nicht zu rechnen.</p> <p>Stattdessen ist von einer abnehmenden Geräuschbelastung durch den landwirtschaftlich bedingten Fahrverkehr zu rechnen da zukünftig mit weniger Fahren pro Jahr zu rechnen ist. Den Unterlagen der Betreiber (Milchpark Hahnennest- Erntelogistik, Herr Kaltenbach, stand 28.03.2017) sind folgende Angaben zu entnehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Fahren BGA und Betriebe Kaltenbach/König IST 2014: 7711 Fahren • Zukünftig einschließlich Kuhstall: 6687 Fahren <p>Siehe Tabelle „Zusammenfassung“</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE																								
	<table><tr><th colspan="6">Zusammenfassung</th></tr><tr><th></th><th>BGA</th><th>MPH</th><th>Kaltenenbach/König</th><th></th><th>Gesamt</th></tr><tr><td>Ist</td><td>7301</td><td></td><td>410</td><td></td><td>7711</td></tr><tr><td>Ziel</td><td>5017</td><td>1670</td><td></td><td></td><td>6687</td></tr></table>	Zusammenfassung							BGA	MPH	Kaltenenbach/König		Gesamt	Ist	7301		410		7711	Ziel	5017	1670			6687
Zusammenfassung																									
	BGA	MPH	Kaltenenbach/König		Gesamt																				
Ist	7301		410		7711																				
Ziel	5017	1670			6687																				

B Stellungnahmen der Öffentlichkeit

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
B.1 Ortschaftsrat Burgweiler (Schreiben vom 14.03.2018)	
<u>Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung vom Ortschaftsrat am 14.03.2018 um 20.00 Uhr im Feuerwehrheim Kalkreute</u> „Beide Gremien sprachen sich dafür aus, dass bei einer Inbetriebnahme der Anlage eine Lärmschutzmessung veranlasst wird. Sollten sich zu einem späteren Zeitpunkt betroffene Anwohner über eine zu hohe Lärmbelästigung beschweren, muss eine erneute Messung durchgeführt werden.“	Eine Lärmschutzmessung ist erst zu dem Zeitpunkt sachgerecht und sinnvoll, wenn beide Anlagen, d.h. Milchpark Hahnennest und Energiepark Hahnennest – Föhrenbühl, in Betrieb sind. Sollten nach Inbetriebnahme beider Anlagen sich Anzeichen einer Überschreitung der Richtwerte ergeben, wird die Gemeinde eine entsprechende Überprüfung veranlassen.
B.2 Ortschaftsrat Spöck / Kalkreute (Schreiben vom 14.03.2018)	
<u>Auszug aus dem Bericht über die öffentliche und nicht öffentliche OR-Sitzung vom 14.03.2018 im Feuerwehrhaus Kalkreute</u> „Beide Gremien sprachen sich dafür aus, dass bei einer Inbetriebnahme der Anlage eine Lärmschutzmessung veranlasst wird. Sollten sich zu einem späteren Zeitpunkt betroffene Anwohner über eine zu hohe Lärmbelästigung beschweren, muss eine erneute Messung durchgeführt werden.“	Eine Lärmschutzmessung ist erst zu dem Zeitpunkt sachgerecht und sinnvoll, wenn beide Anlagen, d.h. Milchpark Hahnennest und Energiepark Hahnennest – Föhrenbühl, in Betrieb sind. Sollten nach Inbetriebnahme beider Anlagen sich Anzeichen einer Überschreitung der Richtwerte ergeben, wird die Gemeinde eine entsprechende Überprüfung veranlassen.